



Verbände und sonstige Stellen

Gemäß anliegendem Verteiler
- nur per E-Mail –

nachrichtlich:
Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

Bearbeitet von: Antje Mutz

E-Mail:
Antje.Mutz@ms.niedersachsen.de

Fax: (05 11) 1 20-5830

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)
104.14 – 43590/29.1

Durchwahl (0511) 120-
5830

Hannover,
6. Februar 2019

Entwurf der Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten oder Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum; Beteiligung von Verbänden und sonstigen Stellen gem. § 31 GGO

Anlagen:

- Neufassung der Richtlinie
- Verteiler der Verbände und sonstigen Stellen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Laufzeit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten oder Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum endete am 31.12.2018. Das Nds. Ministerium für Soziales beabsichtigt eine Neuauflage der Förderrichtlinie. Die Auswertung der bisherigen Förderperiode veranlasst mich eine Reihe von Konkretisierungen und Änderungen vorzunehmen.

Als Anlage übersende ich Ihnen den Entwurf der neugefassten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Projekten oder Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum. Ich bitte etwaige Stellungnahmen zu dem Entwurf möglichst bis zum 20.03.2019 zu übersenden. Die Übermittlung kann auch an die o.g. E-Mail-Adresse erfolgen.

Ausgezeichnet mit dem



Dienstgebäude
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover



Behinderten-
parkplatz
am Eingang

Telefon
(05 11) 120-0

Telefax
(05 11) 120-4296 Allgemein
(05 11) 120-5999 Abt. Soziales, Pflege, Arbeitsschutz
(05 11) 120-3096 Abt. Frauen u. Gleichstellung
(05 11) 120-3092 Abt. Migration u. Generationen
(05 11) 120-4295 Abt. Gesundheit u. Prävention
(05 11) 120-3095 Abt. Städtebau u. Wohnen

Bankverbindung
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 021 322
IBAN DE52250500000106021322
BIC NOLADE2HXXX

E-Mail
Poststelle@ms.niedersachsen.de

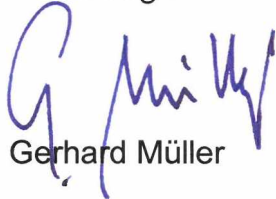
Erläuterungen:

1. In der neugefassten Richtlinie wurde für alle Träger ein Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 bzw. 20 Prozent für öffentliche Träger eingeführt. Die zuvor praktizierte Festbetragsfinanzierung mit einer Förderung von bis zu 100 Prozent stellte eine Ausnahme dar. Ziel war es, die Inanspruchnahme der Förderung in der Anlaufphase sicher zu stellen. Das Programm wurde sehr gut angenommen. Die Fördermittel wurden schnell vollständig ausgeschöpft. Durch die Einführung des Eigenanteils soll eine bessere und breitere Verteilung der Fördermittel auf die Antragsstellenden erreicht werden.
2. Die Förderschwerpunkte wurden beibehalten. Der Schwerpunkt „Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen“ wurde dabei konkretisiert. Die bisher allgemein gehaltene Formulierung führte in der Praxis zu Unsicherheiten. Anhand der bisherigen Förderpraxis und der aktuellen Entwicklungen wurden daher Unterpunkte festgelegt, die beispielsweise gefördert werden sollen. Neu ist dabei die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort.
3. Zur Vermeidung von Doppelförderungen und zur Wahrung des Subsidiaritätsprinzips wurde in der Neufassung festgelegt, dass die Förderung aus der Richtlinie zur Stärkung der ambulanten Pflege nicht in Kombination mit anderen Förderungen in Anspruch genommen werden kann. Ebenso sind alternative Förderungsmöglichkeiten vorrangig in Anspruch zu nehmen, wenn eine Förderung mindestens in gleicher Höhe erfolgen kann.
4. Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger waren bisher Träger ambulanter Pflegedienste mit Sitz in Niedersachsen. Pflegedienste mit Sitz in Niedersachsen, deren Träger sich außerhalb Niedersachsens befand, waren von einer Förderung ausgeschlossen. Da auch diese Pflegedienste zur Sicherstellung der Versorgung in Niedersachsen beitragen, ist nunmehr Fördervoraussetzung, dass sich der Sitz des Pflegedienstes in Niedersachsen befindet.

5. Die Kooperation und Vernetzung ist für die Sicherstellung der Versorgung von großer Bedeutung. Zur verstärkten Förderung dieses Schwerpunktes wurde ein zusätzlicher Förderbetrag in die Richtlinie aufgenommen.
6. Neu ist die Begrenzung der Projektlaufzeit auf 12 Monate und die Bindung des Förderhöchstbetrages an das jeweilige Projekt. Hintergrund ist, dass mit dem Förderprogramm möglichst viele Projekte und unterschiedliche Träger gefördert werden sollen. Die Auswertung der vergangenen Förderperiode hat gezeigt, dass ein Großteil der Projekte innerhalb eines Jahres abgeschlossen, bzw. in Teilprojekte untergliedert werden kann. Eine überjährige Förderung ist weiterhin möglich.
7. Des Weiteren wurden aufgrund der Änderung der Finanzierungsart sowie der Erfahrungen aus der praktischen Anwendung der Richtlinie notwendig gewordene Anpassungen, Klarstellungen und Verfahrenserleichterungen vorgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Gerhard Müller